



Die Berliner Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit ist als unabhängige oberste Landesbehörde die Aufsichtsbehörde für die Einhaltung des Datenschutzes im Land Berlin. Sie prüft und berät die Berliner Behörden, Vereine und Unternehmen mit Sitz im Land Berlin in Fragen des Datenschutzes und der Informationsfreiheit. Für die Berliner Bürger:innen ist sie Ansprechpartnerin in datenschutzrechtlichen Fragen und für Beschwerden in konkreten Einzelfällen.

Stellenausschreibung

Kennzahl: 01/2023

Die Berliner Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit sucht für die Abteilung II zur Verstärkung der Gruppe „Gesundheit, Soziales, Jugend und Familie“ für die Wahrnehmung von Aufgaben mit dem Schwerpunkt Gesundheit eine:n

Juristische:n Referent:in (m/w/d)

Besoldungsgruppe A 14 bzw. Entgeltgruppe E 14

Vollzeit

Besetzbar: ab sofort, unbefristet

Diese Aufgaben erwarten Sie:

- Beratung und Prüfung von nicht-öffentlichen Stellen und Unternehmen (insbesondere medizinische Berufsgruppen und medizinische Heilberufe sowie medizinische Abrechnungsunternehmen) und von öffentlichen Stellen (insbesondere berufsständische Kammern des Gesundheitswesens und bezirkliche Gesundheitsämter) im Hinblick auf die Einhaltung der Vorschriften der Datenschutz-Grundverordnung und bereichsspezifischer Vorschriften des Bundes- und des Landesrechts.
- Datenschutzrechtliche Beratung und Begleitung von wissenschaftlichen Forschungsprojekten, insbesondere im Bereich der medizinischen Forschung
- Bearbeitung von Anfragen und Beschwerden von Bürger:innen
- Planung und selbständige Durchführung von Vor-Ort-Kontrollen
- Vorbereitung und Fertigung von Materialien, Schriftsätzen, Gutachten und Entscheidungsvorlagen in komplexen (rechtlichen) Sachverhalten
- Erarbeitung von Hinweisen für Bürger:innen zu Einzelthemen des Datenschutzrechts sowie zielgruppenspezifische Arbeitshilfen für Verantwortliche
- Erarbeitung von Beiträgen im Rahmen der Medienpräsenz (insb. für das Internetangebot) der Dienststelle
- Mitwirkung an schriftlichen Publikationen der Dienststelle
- Zusammenarbeit mit anderen nationalen und europäischen Datenschutzaufsichtsbehörden

- Vertretung der BlnBDI in Gremien, Ausschüssen (z. B. des Abgeordnetenhauses), Arbeitskreisen usw.

Formale Anforderungen:

- Abgeschlossenes wissenschaftliches Hochschulstudium (Diplom Universität, Master, Staatsprüfung oder vergleichbare Studienabschlüsse) der Fachrichtung Rechtswissenschaften
- Befähigung zum Richteramt
- Zusammen mindestens 12 Punkte aus beiden Staatsexamen
- Für eine Verbeamtung: laufbahnrechtliche Voraussetzungen für das zweite Einstiegsamt der Laufbahngruppe 2 der Laufbahnfachrichtung allgemeiner Verwaltungsdienst, Laufbahnzweig nichttechnischer Verwaltungsdienst

Fachliche Anforderungen:

Sehr wichtig sind Grundkenntnisse des deutschen und europäischen Datenschutzrechts (DS-GVO, BDSG, BlnDSG) und ein ausgeprägtes Interesse an datenschutzrechtlichen Fragestellungen sowie Englischkenntnisse in Wort und Schrift.

Wünschenswert sind auch Kenntnisse im Recht der Gesundheitsberufe (Patientendatenschutz, Berufsrecht etc.), möglichst nachgewiesen durch einschlägige Berufserfahrung.

Wichtig sind Allgemeine Rechtskenntnisse (Zivil-, Vertrags-, Haftungs-, Verfahrens-, Prozess-, Wirtschafts- und Gesellschaftsrecht), Kenntnisse der Verwaltung und des Verwaltungsrechts sowie ein sicherer Umgang mit Medien der Bürokommunikation und dem Internet.

Erwartet wird ein gutes Verständnis für technische Sachverhalte, möglichst nachgewiesen durch einschlägige Erfahrungen in der interdisziplinären Zusammenarbeit und eine hohe Bereitschaft, sich auch in technische Sachverhalte einzuarbeiten.

Außerfachliche Anforderungen:

Unabdingbar sind Belastbarkeit, Kommunikationsfähigkeit und Dienstleistungsorientierung. Sehr wichtig sind Leistungs-, Lern- und Veränderungsbereitschaft, Ziel- und Ergebnisorientierung, Organisationsfähigkeit, Selbstständigkeit, Entscheidungsfähigkeit, bereichsübergreifendes Denken, Innovationsfähigkeit und Kreativität, Methodische Kompetenz und Kooperationsfähigkeit.

Wir bieten:

Umfassende Einarbeitung, einen sicheren und vielseitigen Arbeitsplatz mit einem breiten Aufgabenspektrum und einem internationalen Arbeitsumfeld, individuelle und bedarfsorientierte Fortbildungs- und Qualifikations-Maßnahmen, ein Betriebliches Gesundheitsmanagement und das Jobticket.

Welche Bewerbungsunterlagen sind notwendig?

Wir wünschen uns von Ihnen eine aussagekräftige Bewerbung mit einem Anschreiben, einem tabellarischen Lebenslauf, Zeugnissen zur Dokumentation von Ausbildung und bestandenen

Prüfungen sowie Arbeitszeugnissen bisheriger Arbeitgeber:innen und ggf. einem Nachweis über eine Schwerbehinderung.

Bei Angehörigen des öffentlichen Dienstes wird um eine aktuelle Beurteilung (nicht älter als ein Jahr) sowie um eine Einverständniserklärung zur Personalakteneinsicht, die auch das Einverständnis zur Akteneinsicht durch die von unserem Haus zu beteiligenden Gremien (Hauptschwerbehindertenvertretung des Landes Berlin - Hauptvertrauensperson (HVP) - , Frauenvertretung und Personalrat) umfasst, unter Angabe der personalaktenführenden Stelle gebeten. Sollte keine aktuelle Beurteilung vorliegen, werden die Bewerber:innen gebeten, die Erstellung einzuleiten.

Bei ausländischen Bildungsabschlüssen bitten wir um Übersendung von Nachweisen über die Gleichwertigkeit mit einem deutschen Abschluss. Weitere Informationen erhalten Sie bei der Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen (ZAB) unter dem Link <https://www.kmk.org/themen/erkennung-auslaendischer-abschluesse.html>.

Die Bewerbungen von Frauen und von Menschen mit Migrationshintergrund sind ausdrücklich erwünscht.

Anerkannt schwerbehinderte Menschen oder diesen gleichgestellte Menschen mit Behinderung werden bei gleicher Eignung bevorzugt berücksichtigt. Bitte weisen Sie auf eine Schwerbehinderung ggf. bereits in der Bewerbung hin.

Die Berliner Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit versteht sich als familienfreundliche Arbeitgeberin. Es bestehen insbesondere Möglichkeiten flexibler Arbeitszeitgestaltung, soweit es die dienstlichen Erfordernisse im Rahmen der Aufgabenwahrnehmung zulassen. Die Stelle kann grundsätzlich auch mit Teilzeitbeschäftigten besetzt werden.

Bewerbungen sind bis einschließlich **14. Februar 2023** zu richten an die
Berliner Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit
Alt-Moabit 59-61
10555 Berlin

Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass Kosten (einschl. Fahrtkosten etc.), die im Zusammenhang mit dem Bewerbungsverfahren entstehen, nicht ersetzt werden können.

Bewerbungsunterlagen können nach Abschluss des Bewerbungsverfahrens nur zurückgesandt werden, wenn ein passend frankierter Rückumschlag beigelegt wird. Andernfalls werden die Unterlagen der nicht berücksichtigten Bewerbungen nach spätestens 6 Monaten vernichtet.

Über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten informieren wir auf unserer Homepage unter <https://www.datenschutz-berlin.de/datenschutzerklaerung>. Über die Rechte von Personen, deren Daten verarbeitet werden, informieren wir in unserer Datenschutzerklärung auf unserer Homepage unter <https://www.datenschutz-berlin.de/datenschutz/datenschutz-grundverordnung/betroffenenrechte>.